

Wider Unvernunft und Ungeduld!

Die Neu-Organisation der Energieversorgung braucht Zeit

Gerd Eisenbeiß, 10. Oktober 2022

Gas und alle Energieversorgung sind auf Grund des russischen Angriffs auf die Ukraine sprunghaft gestiegen und haben unübersehbar viele andere Preise in die Höhe gezogen. Wie immer man Ursachen beurteilt oder auch als Schuldfragen diskutieren möchte, es ist Schicksal. Nur eine deutsche Partei sieht die leicht behebbare Ursache in der Sanktionspolitik des Westens gegenüber dem Aggressor: die AFD rät (wie auch Sarah Wagenknecht), auf der Seite Putins zu stehen, dann gäbe es wieder billiges Gas. Für diese Meinung wurde die AFD gerade von 11% der niedersächsischen Wähler mit der Verdoppelung des Wahlergebnisses belohnt.

Ich schäme mich für diese Landsleute!

Die anderen aber sollten solidarisch sein in der gesamteuropäischen Energiekrise und anerkennen, dass es **keine raschen „Lösungen“ der von Putin verursachten Probleme gibt - genau formuliert: überhaupt keine „Lösung“ sondern nur eine gewisse Verminderung der Wohlstandsverluste durch Umverteilung zu Gunsten der einkommensschwachen Mitbürger Europas.**

Ein wesentlicher Bestandteil dieser Umverteilung wird um des sozialen Friedens willen durch **Staatsverschuldung** zu Lasten künftig noch steilerer Vermögensverteilung geschehen; denn den vermögens- und einkommensstarken Europäern wird kein überproportionales Sonderopfer abverlangt, sondern die Staaten leihen bei ihnen gegen steigende Zinsen. Auch dies kritisiere ich nicht - bin ich doch schon lange der Ansicht, dass die Weigelsche Verschuldungsgrenze von 60 BIP-Prozent ihren Sinn verloren hat. Nun hat auch Klaus Regling drastisch formuliert, die Grenze sollte im EURO-Raum sogar bei 100 BIP% liegen.

Was die Regierung also bisher getan hat (Scholz und Habeck bewusst, Lindner verschämt), um die notwendigen Finanzmittel zu organisieren, ist richtig und lobenswert. Anzuerkennen ist, dass weder die Union noch die immer bedeutungsloseren LINKEN dagegen polemisieren.

Anders verhalten sich Oppositionspolitiker und auch solche innerhalb der „Ampel“, wenn sie den öffentlichen Druck verstärken, **alles sofort zu konkretisieren UND AUSZUZAHLEN. Hier endet ihre Seriosität.** An der derzeitigen Diskussion der Gaspreisbremse kann man leicht studieren, wie schwierig es ist, eine operative Bremse in die Tat zu bringen.

Natürlich begegnet jeder, der darüber nachdenkt, dem Klassiker: **schnell oder sozial.** Soll man (so die erste Phase des heutigen Kommissionsvorschlags) einfach die Dezember-Abschlagszahlung staatlich übernehmen oder ist es skandalös, wenn

Wohlhabende mit Swimmingpool das genauso erhalten wie Niedriglöhner? Schon dieses einfache Modell hat seine Tücken: wie soll der Bürger seine Abschlagszahlung welchem Amt gegenüber dokumentieren? Darf er Zahlungen einfach behaupten? Welche Formblätter sind erforderlich? Wer hilft ggf. beim Ausfüllen? Wie viele Beamte prüfen und veranlassen die Zahlung? Wie prüfen sie - wenigstens Stichproben?

Einfacher wäre, wenn die Gasversorger die 12. Abschlagsforderung 2022 schlicht einem Amt schicken würden; dann wäre der Bürger außen vor, aber Kontrolle und Zahlungsveranlassung muss doch durch Beamte geschehen. Der Bürger wäre natürlich im Weihnachtsmonat direkt entlastet, aber die Versorger, die am Rand eines Konkurses stehen, müssten wohl ein/zwei Monate auf das Geld warten.

Würde man nun eine „soziale Komponente“ in Form eines Ausschlusskriteriums für „Reiche“ etablieren wollen, wäre mit raschen Auszahlungen erst recht nicht zu rechnen. Ein soziales Ausschlusskriterium müsste die Vermögens- und Einkommensverhältnisse kommensurabel formulieren, denn es sollte ja kein Vermögensreicher die Hilfe erhalten, bloß weil er kaum Einkommen hat; sollten Mieter ohne Wohneigentum genauso behandelt werden wie Bürger mit Wohneigentum? Und hat man sich auf eine solche Grenze verständigt, kommen all die oben erwähnten Fragen noch erheblich komplizierter auf Bürger und Beamte zu; die Zahlungen werden dann wohl frühestens im Februar starten und sich bis Mai hinziehen.

Noch dümmer ist die **oppositionelle Kritik**, „**alles dauere viel zu lange**“ und **es gebe „zu wenig Entschlussfreudigkeit“**. Diese Angriffe beruhen offenbar auf dem Geheimwissen, dass Gaslieferanten Schlange stehen, unsere Pipelines und Speicher zu füllen. Es ist aber beim Gas wie bei allen anderen letztlich von Putin gestörten Handelsketten: sie sind gestört oder gar zerrissen; wir stehen vor einer riesigen Reorganisation der weltweiten Handelsbeziehungen, die verhandelt werden muss und die keineswegs zu Preisen zu realisieren sein wird, wie sie Russland als einer der bedeutendsten Rohstofflieferanten der Weltwirtschaft bis vor Kurzem geboten hat. Wer heute kritisiert, dass sich der Westen auf diese Rohstoffquellen verlassen hat, sollte eingestehen, dass ein früherer Verzicht darauf eben schon früher das Leben im Westen spürbar verteuert hätte. Ja, wir haben einen Teil unserer Kaufkraft dem russischen Interesse zu verdanken, russische Rohstoffe als Quelle russischer Kaufkraft zu nutzen - ein fairer Austausch ohne Ausbeutungscharakter!

Ein schmerzliches Lehrstück über schnelles Handeln war die **Gasumlage aus dem Wirtschafts- und Finanzministerium**; sie war ja nicht dumm, denn sie folgte 2 Einsichten: Konkurse der Gashändler mussten schnell verhindert werden, und die Umlage konnte zum überwiegenden Teil durch die Senkung der Mehrwertsteuer auf 7% finanziert werden (schließlich verdient der Staat ja an der Verdoppelung der Gaspreise entsprechend). Was nicht sofort gesehen wurde/werden konnte, war, dass UNIPERs

Konkurs akuter war als gedacht. Die Verstaatlichung von UNIPER hat aber der Gasumlage rechtlich das Genick gebrochen. Sie nachträglich als größten Fehler zu bezeichnen (so Kevin Kühnert gestern Abend), ist abwegig.

Man darf gespannt sein, was jetzt europarechtlich auf die Gaspreisbremse zukommt - und auch europapolitisch auf die ganze relativ schnelle Maßnahme namens „Doppel-Wumms“. Schließlich bastelt man auch auf EU-Ebene an entsprechenden Preis- Bremsen oder -Grenzen.

Ich bin überzeugt, dass eine alternative Regierungsmannschaft, z.B. eine Allparteien-Regierung ohne AFD, wie sie in der Krisenlage nicht indiskutabel sein sollte, nichts Wesentliches besser oder schneller hinbekäme. Insofern wiederhole ich gern die Anerkennung an Union und LINKE, dass sie sich einigermaßen solidarisch verhalten.

Was die AFD angeht, die nach zahlreich verlorenen Wahlen nun in Niedersachsen einen traurigen Erfolg feiert, so gilt auch da die Mahnung zu Vernunft und Geduld in der Beurteilung. Wenn das klappt, was die anderen Parteien planen und Schritt für Schritt umsetzen werden, dann wird die dummliche Hetze von rechts auch wieder leiser; mit einem Bodensatz (besser Schlamm) an völkisch hetzendem Primitivismus müssen wir wohl leider leben.